

Sachlich begründet ist diese »geistige Wende« nicht. Weder die viel bemühte Globalisierung noch die demographische Entwicklung oder der Wegfall der Konfrontation zwischen West und Ost haben sie erzwungen. Sie ist zum größeren Teil das Ergebnis gut geplanter, gut gezielter und massiv betriebener Meinungsmache – man könnte auch sagen: Umerziehung.

Gut geplant und gut umgesetzt war etwa der Kampf um den Begriff des »dritten Wegs«. Nachdem die Mauer gefallen war und offenbar war, dass die zentrale Planwirtschaft wie in der DDR und der Sowjetunion nicht gerade die besten Ergebnisse erbringt, hätte es nahegelegen, von sozialdemokratischer Seite den »dritten Weg« als einen erfolgreich gangbaren Weg zwischen dem neoliberalen und dem im Osten praktizierten Weg anzubieten. (Hier ist nicht der »dritte Weg« gemeint, den später Blair und Schröder gehen wollten.) Die neoliberale/konservative Seite hat damals sofort zugegriffen und Experimente dieser Art unterbunden und propagandistisch und mit viel Geld der EG/EU den neoliberalen Weg auch in Osteuropa implementiert. Diese Chance, bei den Völkern Mittel- und Osteuropas für ein Konzept von Marktwirtschaft und Sozialstaatlichkeit zu werben, wurde verschlafen. Das ist sicher eines der größten Versäumnisse der westlichen sozialdemokratischen Linken.

Stationen des Siegeszugs der neoliberalen Bewegung in Deutschland

Das konservative Lager in Deutschland und die Spitzen der Wirtschaft haben sich schon unmittelbar nach dem Wechsel im Kanzleramt von 1969 neu zu organisieren und zu sammeln begonnen. Im Landtagswahlkampf von Baden-Württemberg im Frühjahr 1972 und im Wahlkampf für die Bundestagswahl vom November 1972 formierten sich anonyme Gruppen mit viel Geld und setzten alleine auf Propaganda, auf bezahlte Propaganda.

Nachdem dieser von eigens gegründeten Initiativen und obskuren Vereinigungen getragene Feldzug erfolglos blieb, wurde

die in zahlreichen Variationen wiederkehrende Gegenüberstellung von Freiheit auf der einen Seite und Sozialismus auf der anderen Seite in die offene Auseinandersetzung zwischen den großen Parteien übernommen: »Freiheit statt Sozialismus« oder »Freiheit oder Sozialismus« waren für längere Zeit die Parolen in der ideologischen Auseinandersetzung. Der heutige FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle hat sich wohl daran erinnert und benutzt 35 Jahre später den gleichen Slogan in Variation.⁴⁹ Es scheint, als habe diese Metapher eine besondere Meinungsmache-Qualität.

»Freiheit statt Sozialismus« war in der Auseinandersetzung zwischen der Union auf der einen Seite – personifiziert durch Helmut Kohl und Franz Josef Strauß – und der SPD beziehungsweise der sozialliberalen Koalition auf der anderen Seite – personifiziert durch Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner und, zumindest in der Anfangsphase, durch die Liberalen Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher – nie sonderlich glaubwürdig. Eigentlich war es sogar eine geradezu verrückte Parole, weit weg von der Realität. Weder Brandt noch Schmidt, weder Herbert Wehner noch die nachgeordneten, aber wichtigen Personen wie Hans-Jürgen Wischniewski, Johannes Rau oder Hans-Jochen Vogel hatten je irgendwelche Absichten, den Sozialismus in Deutschland einzuführen – die rechten Flügelleute sowieso nicht.

Trotzdem verfiel die Parole, dann nämlich, als die SPD es aufgegeben hatte, Sozialismus selbst zu definieren. Zum letzten Mal hatte sie das in der zweiten Hälfte des Jahres 1972 versucht.

Das Beispiel zeigt: Parolen können sich vollständig von der Realität ablösen, ohne dass ihre Absender ausgelacht werden. »Freiheit statt Sozialismus«, diese Parole hatte eine Sammlungs- und Binfunktion für das rechte Lager, und gleichzeitig diente sie in Kombination mit anderen Kampagnen der Meinungsmache und mit Unterstützung einiger Medien zur Verunsicherung eines breiteren Publikums.

Unterstützt wurde die Glaubwürdigkeit der Parole »Freiheit

statt Sozialismus« durch die Behauptung, die SPD sei nach links gerückt, sie werde von den Jusos und anderen Linken beherrscht. Diese Propaganda war damals so wirksam und so weit verbreitet, dass man als Sozialdemokrat und leitender Mitarbeiter des Bundeskanzleramts am »German Desk«, dem Deutschlandreferat des State Departements in Washington, gleich zu Beginn eines Gesprächs mit der Frage konfrontiert wurde: »What's about the Jusos?« So geschehen bei einem Besuch in den USA im Herbst 1973. In Washington schien man wirklich zu glauben, die Machtübernahme durch die Jusos in der SPD und dann auch in der Bundesrepublik stehe unmittelbar bevor. Das war die Folge der öffentlichen Debatte in Deutschland und einer bewussten Meinungsmache von Politikern der Union und vermutlich auch von Journalisten, Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaftlern jenseits des Atlantiks. Wahrscheinlich haben auch Vertreter des rechten Flügels der SPD in den USA ihre innerparteiliche Wahrnehmung, ihre Partei rücke nach links, zum Besten gegeben.

Wenn man sich die Präsidiumsprotokolle der SPD aus dem Jahr 1972 anschaut, muss man den Eindruck gewinnen, dass die Rechte in der SPD entweder wirklich glaubte, Willy Brandt wolle den Sozialismus einführen und die marxistischen Teile der Jusos stünden ante portas, oder dass die Rechte in der SPD diesen angeblichen Linksruck in ihre Strategie zur innerparteilichen Machterhaltung integriert hatte. Die spätere Bundestagspräsidentin Annemarie Renger zum Beispiel beklagte sich darüber, dass Willy Brandt am 20.8.1972 zum 20. Todestag von Kurt Schumacher eine Rede gehalten hatte, in welcher der Begriff »demokratischer Sozialismus« vorkam, und sie war empört darüber, dass die SPD damals Anzeigen unter der Schlagzeile »Erfolg von 109 Jahren Demokratischem Sozialismus« in wichtigen Zeitschriften und Zeitungen schaltete.

Die Parallele zu heute ist überraschend groß. Was sich im Frühjahr 2008 nach der Wahl in Hessen abspielte, ähnelt dem damaligen Muster: Mit einem angeblichen Linksruck wird Meinungsmache betrieben, um eine Umsteuerung zu erreichen. Was Kurt Beck im Kontext mit Hessen und der leichten Öffnung ge-

genüber der Linken an agitatorischem Sperrfeuer erlebte, hat Willy Brandt während seiner gesamten Regierungszeit und darüber hinaus als Parteivorsitzender begleitet.

Die bloße Behauptung eines angeblichen Linksrucks hatte immer wieder faktische sachliche und personelle Folgen. In der Regierungserklärung zur zweiten Amtszeit vom Januar 1973 machte Willy Brandt schon tiefe Verbeugungen vor der sogenannten Mitte und enttäuschte damit die engagiertesten Anhänger und Helfer im Wahlkampf 1972; die Überprüfungspraxis im öffentlichen Dienst, bekannt als »Radikalenerlass«, war ein ähnlicher Tribut; die Stimmungsmache zum Linksruck half den Konservativen, Wählerinnen und Wähler aus der Mitte zu fischen; der Abwehr dieses Vorwurfs dienten die ersten Konzessionen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik an die Monetaristen und Anti-Keynsianer ab 1974, noch verstärkt in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und insbesondere bei der »Operation 82«, einem Programm zur Kappung sozialer Leistungen im Sommer 1981 – mit der Folge erster Konflikte der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung Schmidt mit der IG-Metall des Franz Steinkühler im Herbst 1981.

»Linksruck«, »Freiheit statt Sozialismus«, »Tendenzwende« – das waren Kampfbegriffe der Meinungsmache von unterschwellig starker Wirkung. Sie bereiteten den Boden für die Präsentation des Lambsdorff-Papiers im September 1982, das den Koalitionswechsel durch die FDP und die Wende zu Helmut Kohl einleitete. Damals wie heute wird die Realität durch Meinungsmache überlagert und beiseitegeschoben. Und damals wie heute ging es um die Eroberung beziehungsweise Festigung der neoliberalen Hegemonie.

Neben den schon bekannten Variationen der Meinungsmache zur wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Linie wie »Tendenzwende«, »Linksruck«, »Freiheit statt Sozialismus«, »zu hohe Abzüge«, »Sozialklimbim«, »Reformitis« und »soziale Hängematte« kamen mit dem Lambsdorff-Papier⁵⁰ weitere Formeln ins Spiel, die uns bis heute begleiten: die wirtschaftliche Leistung wieder stärker belohnen, Eigeninitiative und Selbstvorsorge wieder mehr